

JÁNOS JEMNITZ

Ungarn in der Rechtswende

In der Rückschau war es ein seltsamer, langweiliger und von seiten der offiziellen Linken – der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) – gar höchst unglücklicher Wahlkampf in den letzten sechs Monaten vor den Wahlen im Mai 1998. Immer und immer wieder verwiesen die USP-Führung und insbesondere Gyula Horn und seine Regierung stolz auf ihre Erfolge in der Makroökonomie – wie etwa die Senkung der Auslandsschulden – und in der Außenpolitik: Schließlich wurde Ungarn prinzipiell als Mitglied der NATO und der EU akzeptiert. Horn wurde nicht müde hervorzuheben, wie positiv das für Ungarn ist und wie wenig das Land dafür zu zahlen hat.

Aber die seit langem bekannten Trends konnte er damit nicht umkehren. Schon im Sommer 1997 war durch verschiedene Umfragen deutlich geworden, daß fast 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Haltung zu den Entwicklungen mit Nicht-Wahl zum Ausdruck bringen würden. Zur Minderung der dieser Haltung zugrunde liegenden unübersehbaren sozialen Spannungen kündigte Horn eine Steuerreform mit progressiver Steuererhöhung für die Wohlhabenden an – aber was tatsächlich geschah, war statt dessen die Einführung von zusätzlichen Krankenversicherungsabgaben für kleine Bauern und Landwirte. Damit bereitete er selbst den Boden für Einflußgewinne der Rechten: Es gab »Revolten« auf dem Land, spontane und organisierte Straßenblockaden, Proteste gegen die Regierung – und wenige Monate vor den Wahlen war die Regierung zum Rücktritt gezwungen.

Da half auch der eigentlich wichtige Schritt Horns zur Verbesserung der Lage der Rentner, die mit 2 Millionen immerhin ein Fünftel der ungarischen Gesamtbevölkerung ausmachen, nicht mehr. Seit dem 1. Januar 1998 können Menschen, die älter als 65 sind, kostenlos Busse, Straßenbahnen und die Eisenbahn benutzen, und sie genießen starke Vergünstigungen bei Flugreisen, im Juni 1998 wurde eine weitere Rentenerhöhung wirksam – aber das alles reicht nicht, um die Mehrkosten auszugleichen, die durch die enormen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln oder durch die gewaltig gestiegenen finanziellen Lasten bei notwendiger medizinischer Versorgung entstanden sind. Und so war es nicht schwer vorauszusagen, daß auch viele der Rentner der USP ihre Stimme entziehen werden.

Fehlentscheidungen prägten auch die Kultur- und Kirchenpolitik der Regierung. Ausgerechnet die USP-Regierung unterzeichnete

Janos Jemnitz – Jg. 1930, Dr. der historischen Wissenschaften, Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, spezialisiert auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Buchpublikationen, die auch ins Englische und Deutsche übersetzt wurden, z.B.: *The Danger of War and the Second International 1911-1914*, Budapest 1972, und: *Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Süd-osteuropas* (mit Georges Haupt und Leo van Rossum), Frankfurt/M. 1986. In ungarischer Sprache u.a. Arbeiten zu Jean Jaurès, Léon Blum und Mihály Károlyi.

mit dem Vatikan ein Dokument, das einerseits eine Rückgabe allen früheren Eigentums an Schulen und Krankenhäusern an die Kirche vorsieht – nur der Grund und Boden bleibt vorerst noch staatlich –, andererseits zugleich aber die historische Leistung von 1946, als – noch vor Beginn der kommunistischen Herrschaft! – vom Parlament einstimmig die Trennung von Kirche und Staat beschlossen wurde, rückgängig macht. Denn es ist der Staat, der diesem Abkommen zufolge die Lehrer und Pastoren an den kirchlichen Schulen zu bezahlen hat! Selbst die Freien Demokraten in der Koalitionsregierung wandten sich gegen dieses Gesetz – aber die USP blieb bei ihrer Linie. Und erntete nur Mißerfolg – denn natürlich geben sich die beiden großen Kirchen mit dem vorhandenen Gesetz noch nicht zufrieden. Sie wollen mehr Einfluß – dieser »Kulturkampf« geht weiter (wie übrigens in fast allen anderen osteuropäischen Ländern einschließlich Rußlands auch).

Schlaglichtartig erhellte ein Vorfall das Kirche-Staat-Problem, der sich genau zwischen dem ersten und dem zwei Wochen später anberaumten zweiten Wahlgang abspielte: In einer armen Familie wurde ein 13jähriges Mädchen schwanger. Die Familie wollte ärztliche Hilfe, das Mädchen beichtete einem katholischen Pfarrer sein »Verbrechen«, ein Erzbischof verlangte, eine »Tötung des Kindes« zu verbieten – und der Gesundheitsminister wies die Ärzte an, ihre Pflicht zu tun, aber »im Geheimen«. Das Schicksal des Mädchens wurde zum nationalen Ereignis – und das am Ende des 20. Jahrhunderts!

Und dann also die Wahlen: Die Rechte gewann – wenn auch knapp. Aber sie gewann, und alle, alle Politiker und Umfragemeister gaben sich überrascht, daß der Anteil der Nichtwähler so hoch war. 44 Prozent der Wahlberechtigten blieben den Urnen fern! Der erste Wahlgang mußte gar in zwei Wahlbezirken wiederholt werden, weil die Zahl der Wählenden unter 50 Prozent geblieben war.

Die Veränderungen nach den Wahlen sind bemerkenswert. Die USP hatte nach den Wahlen 1994 209 Abgeordnete im Parlament, jetzt sind es noch 134. Die Partei verlor 300.000 Wähler! Die Freien Demokraten – die Liberalen – verfügten im alten Parlament noch über 69 Sitze, jetzt haben sie gerade noch 24. Großer Gewinner aber war die sogenannte Rechts-Mitte-Koalition FIDESZ – gebildet aus den Jungen Demokraten und der Bürgerpartei –, die im alten Parlament 2 Sitze hatte und sich jetzt auf 148 stützen kann. Leichte Gewinne kann die populistische Kleinbauernpartei FKGP für sich verbuchen, die von 26 auf 48 Parlamentssitze kletterte. Das alte MDF-Forum – die Regierungspartei von 1990 bis 1994 unter József Antall – schaffte die 5-Prozent-Hürde nicht, doch dank eines Abkommens mit FIDESZ gelangten 17 MDF-Leute per Einzelmandat ins Parlament. Ebenfalls unterhalb der 5 Prozent blieb die stark rechtsgerichtete Christdemokratische Partei. Die linksgerichtete Arbeiterpartei erreichte gleichfalls nur 4,4 Prozent – zum allgemeinen Erstaunen aber zog die Partei für Ungarisches Leben und Gerechtigkeit (MIEP) mit 5,4 Prozent auf die Parlamentsbänke. Diese MIEP ist »unabhängig«, sehr nationalistisch, ein wenig anti-USA, ein wenig anti-NATO, sie ist antisemitisch, gibt sich antikapitalistisch, greift auch soziale

Fragen auf und findet so Zuspruch vor allem bei den Opfern der großen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und Querverbindungen zu anderen Organisationen der extremen Rechten. Der Vorsitzende der MIEP versteht zu schreiben und zu reden, er ist ein geschickter Demagoge mit guten Kontakten zu Frankreichs Le Pen.

Regierungspartei also ist nun die FIDESZ mit ihrem fähigen jungen Chef Victor Orbán an der Spitze. Bei einem Fernsehauftritt kurz vor dem zweiten Wahlgang konnte er im direkten Streit mit Gyula Horn seine Qualitäten unter Beweis stellen. Horn präsentierte altbekannte Slogans wie den, daß der Westen zufrieden mit der ungarischen Regierung sei, worauf Orbán mit wenig Anstrengung kontern konnte: »Aber das ungarische Volk nicht.« Und so bekam er Gelegenheit, anzukündigen, daß er mehr Leuten in Ungarn helfen wolle als nur den Rentnern: den Armen zum Beispiel, den Arbeitslosen, für die er 200.000 Arbeitsplätze schaffen will; und allen zusammen, indem er die Sicherheit erhöht – was viel Beifall findet angesichts dessen, daß das Wirken der Unterwelt in Budapest und anderen Städten bald unerträglich wird.

Ob das alles nur leere Versprechungen sind, wird sich zeigen. Die sozialistisch-liberale Regierungskoalition hatte in einer unsinnigen Aktion Studiengebühren für Studenten eingeführt – die FIDESZ hat versprochen, das wieder rückgängig zu machen. Und dieses Versprechen wird sie wohl halten. Auch die Kleinbauern werden Unterstützung erhalten. Unklar ist das Schicksal der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Absehbar ist ein Gesetz zum Verbot von Landverkauf an Ausländer. Die sozialistisch-liberale Koalition wollte die Energieversorgung privatisieren – die rechtsgerichteten Parteien wehrten sich dagegen von einer nationalen Plattform aus. Nun erklärten sie offiziell, daß sie diese Branche als nationalstaatliches Eigentum betrachten.

Auf der anderen Seite gebärdet sich die neue Regierung aus FIDESZ und FKGP entschieden anti-gewerkschaftlich. Da es den beiden Parteien nicht gelang, ihre eigene Gewerkschaftsorganisation aufzuziehen, bekämpfen sie nun die bestehenden Strukturen. Die autonomen Gesundheits- und Rentenversicherungsorganisationen sollen durch Regierungs-»Kommissare« »nationalisiert« werden. Da gibt es viel Geld zu gewinnen – und das ganze läuft parallel zum »Kulturkampf« der Kirche und in einem »Zeitgeist«, der unter dem Slogan »Jetzt ist die Zeit der Wiedergutmachung gekommen« altem Konservatismus und Nationalismus Tür und Tor öffnet.

In ihrem viele Versprechen enthaltenden Regierungsprogramm kündigt die neue Koalition auch Steuersenkungen an – und damit wird ein Zentralproblem sichtbar, auf das die Opposition von USP auf der linken bis zur MIEP auf der rechten Seite natürlich längst hingewiesen hat: Wovon sollen dann all die versprochenen Verbesserungen bezahlt werden? –

Bleibt ein Blick auf die nun oppositionelle USP und die Linke insgesamt. Gyula Horn und andere USP-Führer haben sich natürlich bemüht, die Niederlage herunterzuspielen. Immerhin habe man 32 Prozent der Wählerstimmen erhalten, und links von der

USP gebe es keine nennenswerten politischen Kräfte. Nach wie vor existiere das enge Bündnis zwischen USP und der wichtigsten Gewerkschaftsorganisation MSzOSZ – und das stimmt ja auch. Die Linke Alternative aber hat Horn und seine Genossen hart kritisiert. Sie beschreibt das Abschneiden der USP als klare Niederlage, macht dafür den Zustand verantwortlich, daß sich die ganze Partei in der Hand von 100 bis 200 Leuten befindet, und fordert den Rücktritt der für die Niederlage Verantwortlichen.

Aber zu solchen Rücktritten wird es – von einigen Ausnahmen abgesehen – nicht kommen. Der Apparat bleibt der gleiche – und Horns Führungsposition scheint auf Jahre hinaus ungefährdet, zumal er einer der Vize-Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale ist. Unverändert pflegt die USP ihre Ideale: Gestern war es Felipe Gonzales, heute ist es Tony Blair. Und so wird auch in der ganzen Partei der Ruf lauter, sich nicht nach links, sondern in Richtung einer komfortablen Mitte-Links-Position zu entwickeln. Protagonisten eines solchen Kurses sind Intellektuelle, Politikwissenschaftler und wohl die Mehrheit der USP-Parlamentsfraktion.

Damit freilich hat die Linke Alternative nur geringe Einflußmöglichkeiten.

Und weit entfernt ist Ungarn davon, daß sich im Gefolge des Sieges der Rechten etwa eine Art neuen Zusammenschlusses der Linken vollziehen könnte. Riesengroß sind die Berührungspunkte der linken Parteien untereinander. Niemand zum Beispiel will sich mit den Leuten von der Arbeiterpartei zusammensetzen – gerade so, als sei diese Partei so hoffnungslos stalinistisch, daß man schon beim ersten Kontakt mit Pestansteckung rechnen müsse. So tief bedrückend ist das Erbe der Vergangenheit. –

Nun liegen die ersten Parlamentssitzungen nach den Wahlen bereits hinter uns. Die schlimmen Befürchtungen hinsichtlich dessen, daß die Regierung die unabhängigen Kranken- und Rentenversicherungsorganisationen unter dem Deckmantel der »Nationalisierung« ganz und gar unter ihre Kontrolle bringen will – gegen den Willen derer, die diese Organisationen mit ihren Wahlhandlungen gegründet haben und tragen –, haben sich bereits als nur zu begründet erwiesen. Die linke Opposition hat Protest angekündigt und will eine Volksabstimmung erreichen. Der Kampf – das ist abzusehen – wird härter.

AUS DEM ENGLISCHEN ÜBERSETZT UND LEICHT BEARBEITET VON
WOLFRAM ADOLPHI